

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 188 (2022)

Heft: 11

Rubrik: Vermischtes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Sicherheitsranking» des Bundesparlaments für liberales Wahlpublikum

Am 18. September veröffentlichte die «Allianz Sicherheit Schweiz» (kurz «Allianz») eine von ihr beim Forschungsinstitut GFS Bern in Auftrag gegebene Analyse «Wer vertritt im Bundeshaus Sicherheitsanliegen?». Ausgewertet wurden die öffentlich zugänglichen Interessenbindungen und das Abstimmungsverhalten bei parlamentarischen Geschäften in der laufenden Legislatur (bis und mit Sommersession 2022). Die Parlamentsgeschäfte wurden in Pro- und Kontra-Sicherheit unterteilt und das Abstimmungsverhalten mit Punkten gemessen. Geschäfte des Bundesrates und Volksinitiativen wurden stärker gewichtet als Abstimmungen zu Postulaten und Motionen.

Die Auswertungsergebnisse für die verschiedenen Fraktio-

nen fasst die Allianz wie folgt zusammen: «Nebst der Analyse auf individueller Ebene wurde auch eine Analyse nach Fraktion vorgenommen. Die drei bürgerlichen Fraktionen (FDP, SVP und Mitte) dominieren die Rankings, während die linksgrünen Fraktionen (SP, Grüne und etwas abgeschwächt GLP) jeweils die zweite Hälfte der Rangliste bilden. Während die SVP-Politiker insbesondere bei den Interessenbindungen viele Punkte holen, schneiden sie in der Analyse der sicherheitspolitisch relevanten Abstimmungen etwas weniger gut als die FDP- und Mitte-Parlamentarier ab. Werden die beiden Auswertungen zu einer Masszahl kombiniert, weisen die Politiker der FDP-Liberalen-Fraktion den höchsten Mittelwert auf, gefolgt von den praktisch gleich-

auf liegenden Mitte- und SVP-Fraktionen.»

Zur Interpretation der Ergebnisse gehört die gewählte Definition des Begriffs «Sicherheit»: «Im Kontext der vorliegenden Untersuchung wird Sicherheit von einem liberal bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet. Dies beispielsweise in Abgrenzung zu einem rechtskonservativen Sicherheitsbegriff, [...]». Themen der inneren Sicherheit (zum Beispiel Polizeiarbeit) wurden ausgeklammert, was unter anderem von einem SP- und einem SVP-Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission beanstandet wurde. Aufgrund dieser Kritik hatte das GFS seinen Sicherheitsbegriff von ursprünglich «bürgerlich» zu «liberal bürgerlich» präzisiert (so berichtet von der «NZZ am Sonntag»).

Die GFS-Analyse hat folglich nur für ein recht eng definiertes Zielpublikum die gewünschte Aussagekraft: «Diese Sicherheitsdefinition soll [...] liberal bürgerlichen Wähler:innen mit einem spezifischen Interesse für Sicherheit ermöglichen, Politiker:innen mit einem gleichartigen Interesse und einer entsprechenden Werthaltung zu identifizieren.» Die Allianz definiert sich zwar nicht explizit als überparteilich. Andererseits verschreibt sie sich in ihren Grundsatzpapieren und Statuten auch nirgends einem so eng definierten «bürgerlich liberalen» Sicherheitsverständnis, wie er vom GFS angewandt wurde. Dieses Sicherheitsranking soll laut «NZZ» regelmässig wiederholt werden.

Fritz Kälin

Ungewisse Zukunft des Mirage Vereins Buochs

Am 24. September fand in Ennetbürgen eine von zirka 60 Mitgliedern besuchte ausserordentliche Mitgliederversammlung des Mirage Vereins Buochs (MVB) statt. Anlass war die für die Existenz des MVB bedrohliche Situation, welche durch eine latente Forderung des Bundesamtes für Gesundheit betreffend Erhöhung des Entsorgungsfonds für das ATAR-Triebwerk von derzeit 75 000 auf 300 000 Franken begründet war. Diese massive Erhöhung wird durch die Einführung eines neuen Entsorgungsverfahrens infolge Aufgabe der bisherigen Entsorgungsanlage begründet. Gemäss den aktuellen gesetzlichen Grundlagen der EU ist zur Entsorgung des Materials eine feinstoffliche Auftrennung der Legierung zur separaten Lagerung des Thoriums notwendig. Die Problematik der Entsorgung liegt in der Magnesium-Legierung des Kompressorgehäuses



Zur proaktiven Lärmbekämpfung wegweisendes Bremshaus, die Heimat des MVB und der R-2109.

Bild: Felix Kälin

sowie weiterer Komponenten des ATAR-Triebwerkes, welche zur Steigerung der Warmfestigkeit insgesamt zirka drei Kilo Thorium als Legierungsbestandteil enthalten. Das schwach strahlende Thorium ist in der Legierung vollständig gebunden und die resultierende Strahlung somit für Mensch und Umwelt ungefährlich. Die Strahlung wird durch die Luft bereits in einem Abstand von einem Meter oder durch die Abschir-

mung mittels einem Blatt Papier derart absorbiert, dass keinerlei verbleibende Radioaktivität messbar und nachweisbar ist. Die natürliche Strahlung im Alpenraum ist höher als jene des Triebwerkes und gesundheitlich völlig unbedenklich. Die einzige Gefährdung für Menschen würde bei einer mechanischen Bearbeitung des Materials entstehen, falls dadurch freigesetzte Partikel eingeatmet oder anderweitig in den Körper

aufgenommen werden könnten.

Der Vorstand des MVB präsentierte Alternativen zur kostengünstigeren Entsorgung wie die Einlagerung als schwach radioaktives Material in einem geeigneten Endlager. Weitere Optionen sind beispielsweise die Abgabe des Triebwerks ins Ausland. Der Vorstand ist in intensivem Kontakt mit Experten. Unter Einbezug von Mitgliedern soll bis Ende März 2023 eine bestmögliche Lösung gefunden werden. Andernfalls müsste das Triebwerk ausgebaut und umgehend entsorgt werden. Voraussichtlich wird am 17. Dezember 2022 eine weitere ausserordentliche Mitgliederversammlung zum finalen Entscheid einberufen werden. Ein Ausbau des Triebwerkes würde die Attraktivität des MVB und der Mirage R-2109 als Kulturgut drastisch beschneiden. Das BAMF Buochs war seit dem 13. März 1961 die

Fachstelle der Mirage-Flotte. Das 1968 vom BAMF in Buochs als erstes schweizweit erstelltes Bremshaus diente dem Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeiter bei den Standläufen mit Nachbrenner. Derzeit dient das Bremshaus dem MVB als Heimat zum periodischen Betrieb der Mirage R-2109 und stellt zugleich ein historisch einzigarti-

ges Bauwerk dar. Die einmalige Kombination des Bremshauses mit einer betriebsfähigen Mirage für attraktive Vorführungen sollte langfristig als lebendiges in Nidwalden verankertes Kulturgut erhalten werden. *Adolf Flüeli*

Auf der Homepage des MVB <https://mirage-buochs.ch/de/> sind weitere Informationen abrufbar.

Bundesratsjet Pilatus PC-24 ist verkauft

Das Unternehmen Joyvida International AG, Interlaken, hat beim Bundesamt für Rüstung Armasuisse das beste Angebot für den Bundesratsjet Pilatus PC-24 eingereicht und den Zuschlag erhalten. Das Flugzeug wird bis November der neuen Besitzerin übergeben. Der Verkauf war im Februar beschlossen worden, weil die PC-24 von Bundesrat und den Departementen zum einen nur wenig nachgefragt wurde und dieses Flugzeug zum anderen aufgrund des jungen Alters und des sehr guten Zustandes aktuell noch einen hohen Verkaufswert hat. Der von Joyvida International AG geleistete Kaufpreis übersteigt den damaligen Erwerbspreis. *Armasuisse*

menten zum einen nur wenig nachgefragt wurde und dieses Flugzeug zum anderen aufgrund des jungen Alters und des sehr guten Zustandes aktuell noch einen hohen Verkaufswert hat. Der von Joyvida International AG geleistete Kaufpreis übersteigt den damaligen Erwerbspreis. *Armasuisse*

Die Zusammenarbeit stand im Fokus der Gesamtnotfallübung 2022

Vom 27. bis 29. September haben zahlreiche Organisationen des Bevölkerungsschutzes im Rahmen der Gesamtnotfallübung 2022 die Bewältigung eines Unfalls im Kernkraftwerk Leibstadt geübt. Ein Fokus der diesjährigen Übung lag auf der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen. Das erste Übungsfazit ist positiv. In der vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz organisierten und geleiteten Übung trainierten die für den Notfallschutz zuständigen Organisationen, darunter die Nationale Alarmzentrale NAZ, der Bundesstab Bevölkerungsschutz, der kantonale Führungsstab Aargau, das Kernkraftwerk Leibstadt sowie das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI gemeinsam mit weiteren Stellen in der Schweiz und in Deutschland ihre Zusammenarbeit bei

einem schweren Unfall im Kernkraftwerk Leibstadt. Gesamtnotfallübungen finden alle zwei Jahre statt und dienen der Überprüfung des Notfallschutzes der Schweizer Kernkraftwerke.

Erstmals in einer Gesamtnotfallübung wurden in Echtzeit fiktive Messwerte generiert, sodass die Notfallschutzorganisationen ihre Ausbreitungsrechnungen mit (simulierten) Messwerten abgleichen und auf Abweichungen reagieren mussten. Parallel dazu trainierte die Probenahme- und Messorganisation ihre Einsatzprozesse. Dabei wurden mobile Messsonden, Messequipen und Laborkapazitäten eingesetzt, um in einem durch das Übungsszenario definierten Gebiet ein genaues Bild der radiologischen Lage zu erhalten. *BABS*

LKMD wird neu zum VMG

Der 19. November 2022 dürfte künftig als wichtiger Schalttag für die Stärkung der Schweizer Milizorganisationen gelten. Denn die etwas in die Jahre gekommene Dachorganisation der Landeskonferenz der militärischen Dachverbände wird radikal modernisiert. Sie ist 1971 in der Zeit des Kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung gegründet worden und umfasst heute rund 30 militärische Dachverbände aller Strukturen (Offiziers-, Unteroffiziers- und Fachgesellschaften) mit annähernd 100 000 Mitgliedern. Neu gibt sich die weiterhin breit und föderal abgestützte Dachorganisation den Namen Verband militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG), Association des sociétés militaires suisses (ASM) und Associazione degli società militari svizzere (ASM). Unterstrichen wird die neue Namensgebung durch ein frisches und buntes, dabei die Farben aller Truppengattungen symbolisierendes Logo samt Schriftzug. Gemeinsam verleihen sie dem neuen Verband einen dynamischen und zukunftsgerichteten Auftritt. Der VMG versteht sich als die Stimme der Miliz und bezweckt die proaktive Unterstützung der Mitgliedsverbände in den ausserdienstlichen Tätigkeiten, die klare Positionierung in sicherheits- und armeetpolitischen Fragen, die gezielte Weiterentwicklung der

Mitgliederstruktur sowie den effizienten Ausbau der Kommunikation und der Information (online und offline).

Damit zeichnen sich die Konturen in der Schweizer Milizlandschaft gegen Ende des Jahres 2022 deutlich ab – in Form eines «Dreigestirns»: Mit der Allianz Sicherheit Schweiz besteht seit 2021 die zentrale, parteipolitisch gestärkte und wirtschaftlich verknüpfte sicherheitspolitische Kampagnenorganisation des Landes, mit der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) die seit 1833 vorherrschende, traditionelle Interessen- und Lobbyvertretung der Offiziere und mit dem VMG die umfassende Interessenvertretung sämtlicher militärischer Gesellschaften und Verbände der Schweiz, in denen sich alle, vom Soldaten über den Unteroffizier und den Offizier bis hin zu den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, wiederfinden sollen. Letztlich gilt aber für die drei Milizorganisationen «Getrennt marschieren, vereint schlagen», im Sinne des Bonmots «L'union fait la force!». Der VMG wird seine 2022 stark aufgenommene Fahrt im selben Tempo weiterziehen und seinen politischen Einfluss, wo immer möglich, dezidiert geltend machen – zum Wohle einer starken Milizarmee und einer glaubwürdigen Schweizer Sicherheitspolitik.

*Oberst i Gst Stefan Holenstein,
Präsident LKMD*

Armee-Effektivbestand wird noch erreicht

Der nun publizierte Bericht «Armeeauszählung 2022» zeigt die aktuellen Zahlen und Prognosen zu den Beständen der Armee auf. Der Sollbestand liegt bei 100 000 Armeeangehörigen. Da erfahrungsgemäss nicht alle Eingeteilten einem Aufgebot Folge leisten, liegt der erforderliche Effektivbestand bei

140 000. Dieser wird laut VBS aktuell erreicht, aber mittelfristig nicht mehr, falls die bereits getroffenen und geplanten Massnahmen zur Verbesserung der personellen Alimentierung nicht zu einem markanten Rückgang der vorzeitigen Abgänge führen. Gemäss der Auszählung beträgt der

Effektivbestand 151 299 Angehörige der Armee und übertrifft damit die erforderlichen 140 000. Ein temporärer Überbestand wurde mit der Weiterentwicklung der Armee vorgesehen; damit können die Bestände auch in der Übergangsphase alimentiert werden, in der überdurchschnittlich viele Armeeinghörige weiterhin eingeteilt sind, die ihre Ausbildungspflicht bereits erfüllt haben. Ab Ende der Übergangsregelung beträgt die Dienstpflicht für alle Jahrgänge zehn anstatt zwölf Jahre. Als Folge davon werden 2028 und 2029 je zwei Jahrgänge aus dem Dienst entlassen anstatt nur je einer.

Für die nachhaltige Alimentierung sind die zu hohen vorzeitigen Abgänge aus der Armee ein Problem. Falls diese nicht substanziell reduziert werden können, wird der Effektivbestand laut VBS nach Ende der Übergangsregelung ab 2030 nicht mehr erreicht. Pro Jahr verlassen insgesamt rund 10 000 bis 11 000 militärdienstpflichtige Personen die Armee vor ihrer ordentlichen Entlassung. Davon machten im Jahr 2021 die Wechsel in den Zivildienst rund 60 Prozent aller Abgänge aus, gefolgt von den Abgängen aus medizinischen Gründen (rund 30 Prozent). Um die personelle Alimentierung der Armeebestän-

de auf Dauer zu sichern, hat der Bundesrat im Zusammenhang mit dem Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz 2021 und 2022 verschiedene Massnahmen in die Wege geleitet und parallel dazu Varianten für grundlegende, langfristige Anpassungen des Dienstpflichtsystems geprüft. Die Varianten Sicherheitsdienstpflicht (Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz) und bedarfsorientierte Dienstpflicht (Ausdehnung der Dienstpflicht auf Frauen) werden bis 2024 auf ihre Umsetzung vertieft geprüft. Weiter soll die Teilnahme am Orientierungstag für Schweizerinnen obligatorisch werden.

Zudem wird das VBS Mitte 2023 weitere Vorschläge zur mittelfristigen Verbesserung der Alimentierung unterbreiten, unter anderem betreffend das Ausbildungssystem.

Eine positive Entwicklung ist, dass die Zahl der eingeteilten Frauen gegenüber dem Vorjahr um 278 auf 1778 gestiegen ist (+18,5 Prozent). Damit beträgt der Frauenanteil in der Armee 1,4 Prozent. Die Anstrengungen der Armee und der Kantone bei der Gewinnung von Frauen zeigen somit Wirkung und dürften in den nächsten Jahren zu einem weiteren Anstieg führen.

VBS

Zum 80. hat es am Axalpschiessen eine Überraschung gegeben

In der ersten Septemberwoche 1942 wurde auf der Axalp ein erstes Versuchsschiessen durch Piloten des Überwachungsgeschwaders durchgeführt. Und bereits im folgenden Oktober begann dort ein erster Trainingskurs für den Erdkampfeinsatz im Gebirge. Seither wird der Gebirgsschiessplatz Axalp regelmässig jeweils von Oktober bis Mai vor allem für die Schiessausbildung und das Schiessstraining aller Piloten benutzt. Die jährliche Fliegerschiess-Demonstration war immer nur ein «Fenster» für eingeladene Gäste und die zahlreichen Fliegerfans.

Dieses Jahr hat das Training für diesen Anlass am 18. Oktober stattgefunden. Und an



Erstmals hatte die F-35 einen Auftritt an einem Axalpschiessen. Bild: Hans Tschirren

den zwei Folgetagen erlebten je rund 4000 Personen die Vorführungen. Eröffnet wurde die Demonstration durch vier Hornets, die mit ihren Kanonen in kurzen Salven die Erdziele ins

Visier nahmen. Dann sorgten Cougar-Helikopterpiloten für Nervenkitzel. Senkrecht zogen sie ihre Maschinen in die Höhe und liessen sie fallen. Dann folgte zum 80-jährigen Bestehen

des Axalpschiessens die Überraschung: Erstmals wurde dort die F-35 präsentiert, die die Schweizer Luftwaffe beschaffen wird. Pilotiert wurden die beiden Jets auf ihrem Flug durch die Berge allerdings von Italienern. Zum weiteren Programm gehörte die letzte Präsentation des nun verkauften Bundesratsjets PC24. Gemeinsame und einzelne Auftritte von PC7, PC21 und F/A-18 schlossen sich an, ehe die Fallschirmaufklärer Swiss Para Wings und das Kommando Spezialkräfte ihr Können zeigten. Für das Finale sorgte die Patrouille Suisse. HT

Ein ausführlicher Bericht samt Bilder sind auf der Website www.asmz.ch zu finden.

Die neuste Offiziersgesellschaft der Schweiz: die OG Cyber

Die Miliz der Cybertruppen formiert sich zur Offiziersgesellschaft Cyber (OG Cyber). Als unabhängige Organisation wollen die Offiziere gemeinsam mit Experten aus Wirtschaft und Forschung die Cyber-Doktrin der Armee unterstützen. Die Gründung hat am 14. Ok-

tober in Bern stattgefunden. Hauptmann Dimitri Percia David, Präsident der OG Cyber, will, dass die neue OG als Thinktank ein Innovationstreiber aus der Miliz wird. Aktionen im Cyberraum können die Leistungen der Schweizer Armee wesentlich ergänzen, unterstützen und ver-

stärken. Im Bereich Cyber können wichtige Informationen beschafft und gegnerische Systeme ausser Funktion gesetzt werden. Die OG Cyber verbindet als Gesellschaft Experten aus der Armee mit der Wirtschaft und Forschung. Miliz- und Berufs-offiziere der Schweizer Armee

können Mitglieder werden. Spezialisten ohne Offiziersrang können dem Freundeskreis der OG Cyber beitreten. Die OG Cyber ist politisch und finanziell unabhängig.

ASMZ

Die Luftwaffe soll wieder unabhängiger werden

Im Rahmen des diesjährigen Seminars der Gäminger Initiative, das Anfang Oktober im Swissint-Zentrum in Stans stattfand, stellte KKdt Peter Merz die Herausforderungen vor, mit denen sich die Luftwaffe konfrontiert sieht. «In den guten alten Zeiten war die Luftwaffe völlig unabhängig», meinte der Luftwaffenkommandant zur Runde von mehrheitlich Offizieren der Reserve aus elf Ländern. Seit damals seien aber viele Fähigkeiten ausgelagert worden, meinte Merz. Dazu erwähnte er etwa die Logistik, die Flugsicherung oder auch der Wetterdienst. Merz' erklärtes Ziel ist es, diese Dienste möglichst wieder zur Luftwaffe zurückzuholen. Mit der F-35 werde die Luftwaffe auch wieder zum Erdkampf und zur Aufklärung befähigt. Und mit Blick auf den Ukraine-Krieg stellte Merz klar: «Wir müssen einen ersten Angriff überleben.» Es gelte darum, den Zeitpunkt zu erkennen, wann die Mittel dezentralisiert werden müssten. Er stellte in Aussicht, dass die Luftwaffe wieder befähigt wer-



Luftwaffenkommandant KKdt Peter Merz stellte dem internationalen Publikum die wichtigsten Änderungen vor, die bei der Luftwaffe anstehen. Bild: Gäminger Initiative

den müsse, «jede zwei Kilometer lange gerade Betonstrecke» als Ausweichflugplatz nutzen zu können. Ein solches Konzept stehe kurz vor Vollendung. Während einige dieser Ausweichplätze geheim gehalten würden, würden andere, wie die stillgelegte Basis Buochs, wieder regelmässig in Übungen belegt. Der Ukraine-Krieg ist für Merz Anlass, viele bestehende Konzepte zu überdenken. Bei der Flugab-

wehr sei es wichtig, wieder über Mittel für kurze, mittlere und auch lange Distanzen zu verfügen.

Brigadier Hugo Roux, Kommandant der Milak, brachte den ausländischen Offizieren das Wesen der Berufsoffiziere – das Rückgrat der Armee – in einer Milizarmee näher. Dabei machte er insbesondere auf die Begrifflichkeit aufmerksam, dass Miliz in der Schweiz in einem

positiven Sinn verstanden werde und nichts mit Milizen zu tun habe, die zum Teil als irreguläre Kräfte in Konflikten eingesetzt würden. Auf die Rolle Russlands zu sprechen kamen eingangs SOG-Präsident Oberst Dominik Knill sowie zum Abschluss des öffentlichen Seminars Oberstleutnant i GSt Ralf Bosshard, ein Absolvent der russischen Generalstabsschule. Knill zeigte sich überzeugt, dass es für eine künftige europäische Sicherheitspolitik auch Russland brauche, «vielleicht ein anderes Russland». Und Bosshard meinte, dass Russland auch nach einem Abtreten von Putin gegenüber dem Westen skeptisch bleibe. Eine Rückkehr des Landes zum Kommunismus oder Liberalismus schliesst er aus. Und er fügte hinzu, dass der Westen aufhören müsse, überall neue Regierungen installieren zu wollen, die westliche Werte vertreten würden. *cb*

Spionagegefahr beschäftigt den Chef MND&DPSA

Am Informationsrapport des MND&DPSA Mitte Oktober wies dessen Chef Br Daniel Krauer mit Nachdruck auf die Bedrohung der Schweiz durch Spionage hin. Angesichts dieser aktuell grössten Gefahr für die Armee meinte er, dass es «zwingend» sei, die Abwehrmassnahmen in diesem Bereich «massiv zu verstärken». Die Schweiz sei eine Drehscheibe für fremde Nachrichtendienste. Mit der Übernahme von westlicher Hochtechnologie wie der F-35 oder der Patriot werde die Armee auch selbst immer mehr zum Objekt. Dies zeige sich etwa darin, dass ausländische Vertretungen ihre Standorte ganz bewusst nahe von Schweizer Si-

cherheitseinrichtungen bezögen, Kontaktaufnahmen durch Ausländer gesucht würden oder auffällige Fahrzeuge verzeichnet worden seien. «Diese Bedrohung gibt es bereits jetzt in normaler Lage», betonte Krauer. Er rief die Nachrichtendienstler zur Wachsamkeit auf und forderte diese auf, bei auffälligen Beobachtungen Meldung zu erstatten.

Die aktuell grössten Projekte seien die Einführung der SitaWare Insight. Dieses nachrichtendienstliche System sei ein «Gamechanger». Es werde die Lageanalyse, die Darstellung des Gegners sowie eine breite Vernetzung ermöglichen. Daneben erhält der Nachrichten-

dienst mit dem neuen Drohnensystem ADS 15 fürs Inland Echtzeitbilder. Auf wackligen Füßen stehe dagegen die satellitengestützte Aufklärung Peridot. Hier arbeite die Schweiz über einen Staatsvertrag mit Frankreich zusammen. Schliesslich erhalte die Armee auch eine operative Plattform für Wargames.

KKdt Laurent Michaud, C Kdo Op, unterstrich, dass sein oberstes Ziel die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Armee sei. Dazu gehöre möglicherweise auch die Aufstockung des Sollbestandes und eine Ausdehnung der Ausbildungszeit. Die grossen Verbände müssten wieder zum Kampf der verbundenen Waffen befähigt werden.

Auch die Reserve stelle eine Herausforderung dar, sei doch die Bevorratung in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Und schliesslich gelte es auch, gewisse Führungseinrichtung zu reaktivieren und zu modernisieren. Am Rapport erfuhren die ND-Spezialisten auch, dass neue Dokumente zum Bedrohungsbild, den operativen Fähigkeiten samt der Darstellung eines Modellgegners in Erarbeitung seien. Bis Ende Jahr würden erste Entwürfe vorliegen und Mitte 2023 sollen die Dokumente bei der Truppe eingeführt werden. *cb*

Die Zukunft der Schweizer Bodentruppen wird bald viel zu reden geben

Nun, da die Erneuerung der Luftverteidigung (Air 2030) politisch in trockenen Tüchern ist, verdienen die finanziellen, materiellen und personellen Bedürfnisse der Bodentruppen grössere Aufmerksamkeit. Am 4. Oktober gab die OG Bern dem Kommandant Heer Gelegenheit, ein interessiertes Publikum aus erster Hand zu informieren. Die Anwesenden erfuhren von Divisionär René Wellinger so manches über die «Zukunft der Bodentruppen», was militärpolitisch erst in den nächsten Monaten Schlagzeilen machen wird. Die mit dem Grundlagenbericht Bodentruppen von 2019 skizzierten Neuerungen nehmen allmählich Gestalt an. Dazu gehört auch der Wiederaufbau von Altbewährtem, das seit der Jahrtausend-

wende dem Spardruck zum Opfer gefallen war. Im Auftrag des Chefs der Armee vollzieht Div Wellinger ausserdem Massnahmen, welche die Einsatzbereitschaft der Armee möglichst rasch stärken. Noch muss er dafür mit den Ressourcen auskommen, welche die Politik der Armee vor der sicherheitspolitischen Zeitenwende von Februar 2022 zur Verfügung gestellt hat.

Materiell bedeutet dies, dass ältere Ausrüstung so lange wie möglich weitergenutzt wird, solange neue Systeme nicht in der für eine Vollausrüstung notwendigen Zahl beschafft werden können. Personell geht es darum, innerhalb des geringen Sollbestandes einen grösstmöglichen Teil der Armeeingehörigen für kombattante Aufgaben freizubekommen. Denn neben

den schweren und mittleren Kräften für den intensiven Verteidigungskampf braucht es zusätzlich leichte Kräfte, die parallel den Schutz kritischer Infrastrukturen und der Bevölkerung sicherstellen. Es wird also wieder eine «echte» Territorialinfanterie geben. Die heutige Logistik ist auf den WK-Betrieb ausgerichtet, weshalb Schweizer Bataillone und Kompanien über eigene Logistikelemente verfügen, die in anderen Armeen auf höherer Stufe angesiedelt sind. Dies bindet wertvolle personelle Ressourcen. Es wird deshalb eine konsequente Umstellung auf einsatzbezogene Logistik erfolgen.

Und diese Logistik wird echten Belastungstests unterzogen. Schon im Frühjahr 2023 werden Schweizer Bodentruppen in

vierstelliger Kopfstärke in einem Nachbarland alle Eskalationsstufen eines modernen Konfliktes durchexerzieren. Dank des grossen Übungsgeländes kann der Kampf in Verbandsstärke über realistischen Distanzen hinweg trainiert werden. Auf Nachfrage machte der Kommandant Heer klar, dass Schweizer Bodentruppen zwar im operativen Vorfeld versorgt und eingesetzt werden können, nicht aber fernab des eigenen Hoheitsgebietes. Ohne diese Differenzierung könnten die politischen Befürworter und Skeptiker falsche Erwartungen an die engere Ausbildungszusammenarbeit mit der NATO hegen.

Fritz Kälin

Schweiz liefert Material zur Brandbekämpfung und Trümmerräumung

Die Schweiz führt einen weiten Hilfsgütertransport in die Ukraine durch. Auf Ersuchen der ukrainischen Behörden wird sie Material zur Brandbekämpfung, zur Aufbereitung von verunreinigtem Wasser und zur Beseitigung von Schutt und Trümmern liefern. Das Material im Gesamtwert von 5,2 Millionen Franken wurde vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und von der Stadt Basel gespendet. Die beim EDA angegliederte Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) finanziert und organisiert den Transport. Das gesamte Material wird gestaffelt auf dem Landweg transportiert. Insgesamt wird die Schweiz 20 Baumaschinen, drei Löschfahrzeuge und ein kleines Fahrzeug für den Personen- und Materialtransport, zwei mobile Anlagen für die Rückgewinnung

und Aufbereitung von verunreinigtem Wasser sowie zwei Container für die Einsatzleitung, einschliesslich Ausrüstung zum Heben und Verschieben von Lasten, Beleuchtungskörper und Stromgeneratoren liefern. Das Material wird nach einer Schulung vor Ort durch Spezialisten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe den Zivilschutzbehörden des ukrainischen Innenministeriums übergeben. Seit Beginn des Krieges hat die Deza über 680 Tonnen Hilfsgüter aus der Schweiz in die Ukraine transportiert und in der Ukraine über 4750 Tonnen Nahrungsmittel zur Unterstützung der Bevölkerung gekauft.

EDA

Sicherheitsfunknetz Polycom wird auf neue Generation migriert

Die Modernisierung des Sicherheitsfunknetzes Polycom schreitet voran. Die Lieferfirma konnte dank Unterstützung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz die ausstehenden Pendenzen und Mängel korrigieren, womit am 10. Oktober die Freigabe für die schweizweite Migration (Massenrollout) auf eine neue Generation erteilt werden konnte. Sämtliche Antennenstandorte aller Kantone und des Bundes können nun bis Ende 2024 vollständig modernisiert werden. Mit dem Entscheid zum Massenrollout erfolgt nun in Absprache mit den Kantonen die Modernisierung aller Polycom-Netze. Jeder Kanton verfügt über ein eigenes Netz, bei den Grenzkantonen sind die rund 250 Antennenstandorte vom Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit eingebunden. Gesamthalt müssen somit 754 Antennenstandorte mit den zugehörigen

Komponenten erneuert werden, wovon rund 90 bereits im Rahmen der Pilotphase migriert wurden; unter anderem wurden die Antennen der Kantone Aargau, Bern, Uri, Tessin, Neuenburg, Waadt, Thurgau, Solothurn dabei umgerüstet. Bis Ende 2022 werden nun die Antennenstandorte der Kantone Basel-Stadt und Schaffhausen erneuert und die Arbeiten im Kanton Bern werden weitergeführt.

Polycom ist das flächendeckende Funk-Sicherheitsnetz der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit. Es ermöglicht den Funkkontakt innerhalb und zwischen den verschiedenen Organisationen, Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, Polizei, Feuerwehr, sanitätsdienstliches Rettungswesen, Zivilschutz und unterstützenden Verbänden der Armee.

BABS